durch ihre Regierungspraxis selbst widerlegt. Man braucht nicht weit zurückzugreifen. Es war die Müller-Severing-Regierung, die der ganzen Zoll- und Steuerwucherpolitik des heutigen Bürgerblocks den Weg bereitete. Es war Wissells Schlichtungspolitik, die Hungerlöhne, Akkordschinderei und langjährige Elendstarife zum Diktat der kapitalistischen Rationalisierung erhob. Es war die Erwerbslosenreform unter Müller, Wissell, die neben der Verlängerung der Wartezeit und vielem anderen die Bedürftigkeitsprüfung einführte und damit insbesondere der verheirateten, berufstätigen Frau einen schweren Schlag versetzte. Es war schließlich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die in einträchtiger Front bis zu den Nazis den 5-Millionen-Antrag der KPD auf Kinderspeisung, den Ausbau des Schutzes für Mutter und Kind, die von uns geforderten Maßnahmen zum Schutze von Schwangeren und Wöchnerinnen ablehnte oder verstümmelte. Es war schließlich der sozialdemokratische Justizminister Radbruch, der während seiner Regierungszeit 1918 keine Aufhebung des Schandparagraphen 218 vorschlug. Erst später unter dem Druck der Massenbewegung ließ sich die SPD zur Preisgabe des Paragraphen in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft bewegen, während die „allerchristlichsten" Parteien und natürlich auch die Nazis das Zuchthausregime des Paragraph 218 weiter verteidigten.

Die Bedingung der politischen Emanzipation der Frau ist ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit, die wirtschaftliche Gleichheit mit ihrem männlichen Genossen. In vollem Maße erreicht wird dieser Zustand erst nach dem Sturz des Kapitalismus, in der sozialistischen Gemeinwirtschaft. Die Sowjetunion hat das Beispiel gegeben, dort erhält die Frau gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Berufsausbildung, Befreiung von der Hauswirtschaft, Heranziehung zu den Aemtern der Sowjets und in den Leitungen der Wirtschaft. Aber auch heute im Kapitalismus müßte jede Partei, die vorgibt, die Interessen der proletarischen Frau zu vertreten, für deren wirtschaftliche Gleichberechtigung kämpfen. Der kapitalistischen Rationalisierung, dem Lohnraub und den Entlassungen müßte sie die Losungen des Kampfes gegen Entlassungen, für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, die Losung gleicher Lohn für gleiche Arbeit entgegenstellen. Die SPD-Führer machen es umgekehrt. Sie unterhöhlen die Solidarität zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen.

Herr Kammer, der Schriftleiter der „Metallarbeiterzeitung" fordert zur offenen Treibjagd auf verheiratete Arbeiterinnen, zum Hinauswurf der Mütter aus den Betrieben auf. Die „linke" Toni Sender verquickt diese Praxis mit der Theorie vom „Verlust des Familienglücks", vom „Elend des Kindes", weil die Fabrikarbeit die Mutter oder die Hausfrau in Mitleidenschaft zieht. Nicht Gleichberechtigung, sondern Entrechtung sind ihre Losungen.

Lenin spricht über die Versklavung der Frauen, die sich „ausgedehnt, vervielfacht, zerrissen fühlen durch die Herrschaft des Mannes, durch die Macht des Unternehmers, durch die ganze bürgerliche Gesellschaft; von allen verraten, verlassen, erkennen die schaffenden Frauen, daß sie mit uns zusammen kämpfen müssen". Diesen Gedanken an das Bewußtsein der Arbeiterin, der proletarischen Hausfrau, der Mutter heranzutragen, ihn zur klassenkämpferischen Aktion zu entwickeln, diese Aufgabe steht vor allen Kommunistinnen und fortgeschrittenen Arbeiterfrauen. Sie bezieht sich auf jene Schichten, die noch dem Irrlicht des religiösen Wahns oder der nationalistischen Verhetzung verfallen sind, wie auch auf jene, die in der Phraseologie der „linken" SPD-Führer den Ausweg aus dem Chaos, dem Elend zu finden glauben.

Der Wahlkampf in Sachsen bietet die Möglichkeit, den Aktionsradius unserer aufklärenden Tätigkeit zu verbreitern. Von Haus zu Haus, von Betrieb zu Betrieb, auf Märkten und in Versammlungen, in den sozialpolitischen Organisationen des bürgerlichen und reformistischen Lagers muß jetzt jede Kommunistin Agitatorin sein.

Aber Aufklärung genügt nicht. Die Erfahrung selbst ist die Hochschule des Klassenkampfes. Darum Eingliederung in die außerparlamentarische Kampffront, Einbeziehung der Betriebsarbeiterinnen in die Betriebsfront zur Entfaltung der proletarischen Gegenoffensive gegen den Unternehmervorstoß. Auch in den Arbeiterinnenbetrieben schafft rote Vertrauensmännerkörper, Kampfleitungen zur Organisierung des Streiks, organisiert den Beitritt zur Gewerkschaftsopposition, unter deren Führung den Kampf in den Gewerkschaften zur Gewinnung der organisierten Arbeiterinnen für den Kommunismus!

Schließlich gilt es, die revolutionären Frauenorganisationen zu stärken. Jede klassenbewußte Arbeiterfrau werde Mitglied der Kommunistischen Partei, des RFMB, der IAH, der Roten Hilfe. Keine klassenbewußte Frau ohne revolutionäre Tagespresse und revolutionäre Frauenzeitung. Mobilisierung der Frauen zur Vorbereitung des Anti-Kongresses in Dresden, zur Organisierung der Kindertreffen in Pirna und Halle, Eingliederung der jungen Proletarierinnen in die Front der oppositionellen Sportbewegung, das sind einige der wichtigsten Aufgaben, die es zu lösen gilt.

Zuletzt noch ein Mahnwort an alle Kommunisten, klassenbewußten Arbeiter, an alle unteren Parteiorganisationen. Ihre noch vielerorts festzustellende sektiererische Abriegelung gegenüber der revolutionären Frauenbewegung, ihre Geringschätzung und ungenügende Beachtung gegenüber den Klassennöten der proletarischen Kämpferinnen muß überwunden werden. Wir alle, ob Proletarier oder Proletarierinnen, sind eine Klasse, haben eine Partei, eine Internationale, haben ein Ziel, ein Wollen und Handeln, wir müssen gemeinsam Hand in Hand vorwärts schreiten zum Kampf für die Aufrichtung einer Ordnung, in der jeder, der arbeitet, die gleichen Rechte, die gleiche Freiheit genießt.

Wenn Nazis „regieren"

Im Thüringischen Landtag findet gegenwärtig die Beratung des von der Naziregierung vorgelegten Etats statt. Im Vorjahre war für Notstandsbeihilfen an die Beamten ein Betrag von zirka 60 000 Mark vorgesehen. Die Kommunisten beantragten, diesen Betrag angesichts der Notlage der unteren Beamten auf 100 000 Mark zu erhöhen. Aber die Naziregierung hat die 60 000 Mark des Vorjahres überhaupt abgesetzt. Bei der Beratung des Etatkapitels Kirche teilte die Regierung mit, daß sie mit der katholischen Kirche Verhandlungen aufnehmen wolle wegen Festlegung der Zuschüsse an diese. Die mit der evangelischen Kirche bereits getroffenen diesbezüglichen Verhandlungen haben zur Folge gehabt, daß

die Zuwendungen an die evangelischen Pfaffen um 1 200 000 Mark, von 3 460 000 Mark auf 4 660 000 Mark gestiegen

sind. Bei der Beratung über die Lehrergehälter forderte der nationalsozialistische Wächtler den Abbau der Lehrergehälter. Bei der Beratung der Fürstenabfindung ergab sich, daß nicht nur die Bürgerlichen und die Nazis für die fürstlichen Millionenräuber sind, sondern auch die SPD. Sie stimmte nicht gegen die Fürstenabfindungen, sondern enthielt sich der Stimme. Für Notstandsarbeiten hat die Naziregierung ganze 12000 Mark eingesetzt.

Holzarbeiterstreik in Hellerau

Reformistische Bürokratie als Streikbrecher — So sieht ihr „Wahlkampf für sozialen Fortschritt" aus!

Dresden, 24. Mai.

Die 500 Mann starke Belegschaft der Deutschen Werkstätten Hellerau trat heute vormittag geschlossen in den Streik. Die Ursache des Streiks ist, daß die Firma seit längerer Zeit den Arbeitern Lohn schuldig ist und auch gestern am Lohntag den Arbeitern wiederum nicht der Lohn ausgezahlt wurde. Die Arbeiter erhielten Abschlagszahlungen von 5—20 Mark. Die Sitzung des Betriebsrates beschäftigte sich heute vormittag mit dem Streik und rief telephonisch das Büro des Deutschen Holzarbeiterverbandes an.

Der Reformist Deutschmann erklärte dem Betriebsrat, daß er keine Zeit habe, sich „um den Streik zu kümmern",

und verwahrte sich dagegen, daß die Belegschaft ohne die Zustimmung des Verbandes in den Kampf trat. Er erschien dann in der Betriebsversammlung. Das rote Betriebsratsmitglied vertrat in der Sitzung den Standpunkt, daß man unter keinen Umständen zurückweichen dürfe und daß es notwendig sei, sofort vor dem Betrieb Streikposten aufzustellen. Hierauf erwiderte ihm Deutschmann: Das könne er mit seiner roten Bande machen.

Die Reformisten werden alles versuchen, um den Kampf der Arbeiter in den Deutschen Werkstätten abzuwürgen. Sie erklären, daß der Streik ein „wilder" sei. Die Firma drohte, daß, wenn die Arbeit nicht sofort aufgenommen würde, die gesamte Belegschaft als entlassen zu betrachten sei. Der Kampf der Hellerauer Holzarbeiter muß die Unterstützung der gesamten Gewerkschaftsopposition erfahren, und es ist Aufgabe der Holzbetriebe, sofort Maßnahmen für die siegreiche Durchführung des Kampfes bei den Deutschen Werkstätten in Hellerau zu treffen.

14000 Mansfeld-Arbeiter fliegen aufs Pflaster

Vorwärts zur proletarischen Gegenoffensive!

Eisleben, den 24. Mai.

Gestern wurde von der Mansfeld-AG in sämtlichen Betrieben dieses Unternehmens ein Aushang angeschlagen, nach dem der gesamten Belegschaft für den 1. Juni gekündigt ist. Diejenigen Arbeiter, die mit dem Abbau von 15 Prozent ihres Lohnes einverstanden sind, müssen das durch ihre Unterschrift bekanntgeben, ebenso erklären diejenigen, die am 2. Juni weiter arbeiten, ihr Einverständnis. Die Belegschaft befindet sich in ungeheurer Erregung. Es kommen 14 000 Beschäftigte in Frage. In der Zentrale Krug-Hütte (ein Teil des Betriebes) beschloß die Belegschaftsversammlung einstimmig, die freche Provokation abzulehnen.

Die gesamte Arbeiterschaft muß die Mansfeld-Bergarbeiter in ihrem Kampfe gegen die Lohnräuber unterstützen. Mobilisiert alle Betriebe! Wählt Kampfleitungen und bereitet den Kampf vor zur Verwirklichung des Siebenstundentages bei vollem Lohnausgleich und Lohnerhöhung.

Streik sozialdemokratischer Arbeiter abgewürgt

Empörung gegen die Bürokratie

Hamburg, den 24. Mai.

Ein paar Bürokraten des Gesamtverbandes und der Bürokratie des Hamburger Konsums, die „Produktion", haben als Schiedsgericht den streikenden Arbeitern der „Produktion" folgenden Spruch verkündet: Der entlassene Kraftfahrer Neuling wird nicht mehr eingestellt. Die Streiktage werden nicht bezahlt. Der Kontrolleur und Provolateur Simonsen wird nicht entlassen, sondern nur versetzt. Die Kontrollfrage soll allgemein geprüft werden.

Die zum Streikenden, die sich in ihrer Mehrzahl aus sozialdemokratischen Reichsbannerarbeitern und Funktionären zusammensetzen, haben sich nochmals diesem Beschluß der sozialdemokratischen Bürokratie gebeugt. In der Streikversammlung kam eine ungeheure Empörung der Streikenden über die Provokation seitens der SPD-Bürokratie zum Ausdruck, die ihre Kreaturen wie den Simonsen unter allen Umständen halten will. Einmütig brachten die Arbeiter zum Ausdruck, daß nur die „Hamburger Volkszeitung" — unser Bruderorgan — und die „Norddeutsche Zeitung" die Interessen der Streikenden richtig vertreten haben.

Die Lehre für die sozialdemokratischen Arbeiter aus diesem Streik ist, daß sie von der sozialdemokratischen Führerschaft nichts anderes zu erwarten haben als immer wieder in das Joch der Ausbeutung und Knechtung gezwungen zu werden. Die einheitliche Kampfstellung der sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter mit ihren kommunistischen Kollegen ist ein Symptom der wachsenden einheitlichen Kampffront aller Proletarier.

Unter der Regierungsherrschaft der SPD

Mieterhöhung durch Diktaturgesetz

Obstruktion der Kommunisten im Preußischen Landtag verhindert Grundvermögensteuer-Erhöhung
Braun-Regierung diktiert Inkraftsetzung durch Notverordnung

Berlin, 24. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

In der Freitagsitzung des Preußischen Landtags brandmarkte Genosse Becker das von der SPD, den Demokraten und dem Zentrum eingebrachte Schandgesetz zur Verdoppelung der Grundvermögensteuer, wonach die Mieten um 1 Prozent gesteigert werden sollen.

Die Kommunisten stellten Abänderungsanträge, um die unerhörte Mietsteigerung von den Massen abzuwenden. Bei der namentlichen Abstimmung obstruierten Kommunisten und die rechte Seite so, daß die Braun-Regierung keine beschlußfähige Mehrheit hatte.

Trotzdem ließ die Regierung Braun kurze Zeit darauf durch den offiziösen Pressedienst der Zeitungsverleger erklären, daß sie nunmehr die Verdoppelung der Grundvermögenssteuer durch Notverordnung in Kraft setzen wird, so daß auch ohne Landtagsbeschluß die Mieten zum 1. Juni d. J. erhöht werden.

Jedem ehrlichen Arbeiter muß angesichts der schamlosen Schröpfung der Mieter seitens ihrer Minister „genossen" die Schamröte ins Gesicht steigen. Niemand wird mehr im Zweifel darüber sein, daß diese Führer der SPD, die Millionen und aber Millionen für Pfaffen herauswerfen, Riesensummen, die aus den Massen gepreßt werden, ausgemachte Büttel des Trustkapitals sind. **Macht Schluß, SPD-Arbeiter! Es wird höchste Zeit, wenn ihr nicht in diesem reaktionären Sumpf ersticken wollt. Kämpft gemeinsam mit den Kommunisten und legt den SPD-Führern das Verräter-Handwerk.**

Mitgliedersturm in der SPD Frankfurt

Frankfurt, den 24. Mai.

Am Mittwoch wurde die Mitgliederversammlung der SPD in Frankfurt, über die wir bereits berichteten, fortgesetzt. Gegen den Sekretär des Bezirks Hessen-Nassau Rühle wurde ein Antrag mit großer Mehrheit angenommen, in dem seine Abberufung gefordert wird und ihm sowie Severing das schärfste Mißtrauen ausgesprochen wird. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden aber die Erfahrung machen, daß die Politik der SPD die gleiche bleiben wird, daß es für sie, die ehrlich den Kampf für die Interessen ihrer Klasse zu führen gewillt sind, keine andere Möglichkeit gibt, als geschlossen mit ihren kommunistischen Kollegen gegen die Bourgeoisie zu kämpfen und der SPD den Rücken zu kehren.

Die Riesenerwerbslosigkeit in Sachsen

Um 95,8 Prozent über der Vorjahresziffer

Dresden, den 24. Mai.

Wie im vorigen Jahre, sind nach dem letzten amtlichen Arbeitsmarktbericht in Sachsen zu verzeichnen: Die Hauptunterstützungsempfänger betrugen am 15. Mai 222 618. Trotz der Saison ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger nur um 55 211 seit dem 28. Februar zurückgegangen. Im vorigen Jahre betrug der Rückgang der erwerbslosen Unterstützungsempfänger für dieselbe Zeit 126 000.

In diesen Angaben des Landesarbeitsamtes sind nicht erwähnt die Krisenunterstützungsempfänger, die Ausgesteuerten und die Kurzarbeiter. Durch die Meldung eines geringfügigen Rückganges der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger soll die Illusion von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit geschaffen werden, tatsächlich liegt sie um 95,82 Prozent über der Vorjahresziffer.

Die Nazi-Banditen schießen mit Dum-Dum-Geschossen

Eine amtliche Feststellung — Jetzt aber Schluß mit diesen Lumpen!

Die Berliner Polizei hat festgestellt, daß der Faschist Prüfke und sein Kumpan Meier am vorigen Freitag die Mitglieder des Sportvereins in der Naugarterstraße mit Selbstladepistolen niederstreckten. Die Geschosse selbst waren an der Spitze kreuzweise eingeteilt, es waren sogenannte Dum-dumgeschosse, die beim Aufschlag platzten.

Wir erinnern angesichts dieser Meldung nochmals daran, daß die „Dresdner Volkszeitung" zu diesen Vorfällen schrieb, Kommunisten hätten die Nationalsozialisten provoziert. Die Lügenbande am Wettinerplatz hat auf diese verlogene Behauptung hin einen ganzen Wildwestroman ihren Arbeiterlesern vorgesetzt, nachdem kommunistische Arbeiter zu „Rowdys" gestempelt wurden und gestern, nachdem die Tatsachen längst bekannt sind, schleimt sich Herr Scheidemann in der „Dresdner Volkszeitung" in einem niederträchtigen Artikel gegen die klassenbewußten Arbeiter aus. Er wiederholt den alten Schwindel, daß die Kommunisten mit den faschistischen Arbeitermördern auf eine Stufe zu stellen seien.

Alle ehrlichen, klassenbewußten Proletarier der SPD müssen sich von diesen schändlichen Gesellen wie Scheidemann und Kompanie, deren Finger vom Blut gemeuchelter Arbeiter triefen, abwenden. Die SPD-Arbeiter dürfen nichts gemein haben mit solchen Gesellen. Ebenso wie die kommunistischen Arbeiter stehen die SPD-Arbeiter im täglichen Krieg gegen die Ausbeuter und deren faschistische Mordsache. Gemeinsam müssen sie deshalb den Kampf gegen die faschistischen Mordbanden organisieren, gemeinsam die Einheitsfront aufrichten gegen die SPD-Führer, die die revolutionären Arbeiter beschimpfen, um die proletarische Einheitsfront zu zersplittern.

Nazi-Justiz

Berlin, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern wurde vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Berlin-Tempelhof der Genosse Karl Papst wegen schweren Landfriedensbruchs zu der **unerhört hohen Strafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis** verurteilt. Der Anklage liegt zugrunde ein Ueberfall, den die Nazis im September vorigen Jahres auf Berliner Arbeiter vollführten, und wie immer werden die sich ihrer Haut wehrenden revolutionären Arbeiter verurteilt, während die Nazistrolche ihre Verbrechen weiter fortsetzen können.

Der Provokateur Frick

Weimar, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der thüringische Innenminister Frick hielt gestern im Landtag wieder eine provokatorische Rede. Auf die Frage der Zurücknahme der Haßgebete antwortete er, die von ihm angeordneten Gebete seien „Freiheitsgebete", die Grundlage einer religiös-sittlichen Erneuerung des Volkes. Er versuche unter Betrug und Volksverrat, gegen die sich die Gebete wenden, die Tat vom November 1918 und den Marxismus in Theorie und Praxis.

Im „Völkischen Beobachter" wird der Reichsinnenminister Wirth als „schwarzer Marxist" bezeichnet.